



Völkerrechtsbüro

Mag.a Carla Weinzierl, MSc
Geschäftsführung
Netzwerk Soziale Verantwortung
Laudongasse 40, 1080 Wien
office@sozialeverantwortung.at

28. März 2018

GZ. BMEIA-UN.8.19.11/0022-I.7/2018

Sehr geehrte Frau Mag^a Carla Weinzierl!

Im Auftrag von Frau Bundesministerin Dr. Karin Kneissl danke ich Ihnen für Ihre Schreiben vom 9. Februar und 12. März 2018 und die Übermittlung der Stellungnahme von Südwind zum Bericht der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Transnationalen Konzernen und Menschenrechten (AG). Gleichzeitig möchte ich mich für die verspätete Antwort entschuldigen.

Gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) setzt sich Österreich in den VN weiterhin für einen auf Konsens aufbauenden Zugang zum Bereich Wirtschaft und Menschenrechte ein. Wie Ihnen bekannt ist, hat Österreich regelmäßig an den Tagungen der AG aktiv teilgenommen. Auch die vorerst letzte Tagung im Oktober 2017, in der von Ecuador Elemente für ein rechtlich verbindliches Instrument eingebracht wurden, wurde von einem Vertreter der ÖV Genf wahrgenommen.

Von der EU wurde zwischenzeitlich die Ausarbeitung eines Optionenpapiers angekündigt, in dem die bereits existierenden sehr hohen Standards der EU für Unternehmen reflektiert werden sollen. Soweit bekannt, arbeiten die zuständigen EU-Stellen noch an einem Entwurf, der für die EU-internen Vorbereitungen der für Oktober geplanten 4. Tagung der AG fertig gestellt sein soll. Das BMEIA wird sich an den Vorbereitungen auch für diese 4. Tagung der AG beteiligen und über die Vertretung Österreichs bei dieser Sitzung entscheiden.

Gerne stehen wir für einen weiteren Austausch zur Verfügung sobald etwas mehr Klarheit zu den EU-Vorschlägen besteht. Leider ist es mir daher derzeit noch nicht möglich, Ihnen einen konkreten Termin anzubieten. Ich möchte Ihnen dennoch versichern, dass das BMEIA seine Bemühungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auch weiterhin fortsetzen wird.

Mit meinen besten Grüßen

(Ges. Dr. Gerhard Doujak)
Leiter der Abteilung für Menschenrechte
und Volksgruppenangelegenheiten